

großartige ideologische Triebkräfte, die die chinesische Nation zusammenschweißen und die Entwicklung Chinas vorantreiben würden. Deng Xiaoping sei der "Chefarchitekt" (*zong sheji shi*) der sozialistischen Reform- und Öffnungspolitik und des Modernisierungsprogramms Chinas und der Begründer der Theorie über den Aufbau des Sozialismus chinesischer Prägung. In diesem Zusammenhang machte Jiang Zemin eine geradezu revolutionäre Feststellung, indem er erklärte, daß Dings Theorie "Chinas Marxismus der gegenwärtigen Epoche" (*dangdai Zhonguo Makesi zhuyi*) darstelle (ebenda). Damit verbannte Jiang Zemin Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Zedong aus dem gegenwärtig gültigen Marxismus-Konzept der KPCh, denn in Dings Theorie spielen die Klassiker des Marxismus keine Rolle.

Das ZK-Organ *Volkszeitung* veröffentlichte am 3. November auf der ersten Seite einen großen Bericht über die Herausgabe des 3. Bandes der *Ausgewählten Werke von Deng Xiaoping* und einen diesbezüglichen Kommentar, in dem die Elogen von Jiang Zemin auf Deng Xiaoping und sein Entwicklungskonzept wiederholt wurden. Am 4. November veröffentlichte die *Volkszeitung* auf der ersten Seite einen Beschluß des ZK der KPCh über das Studium des 3. Bandes der *Ausgewählten Werke von Deng Xiaoping*. In dem Beschluß werden alle Parteikomitees der Zentrale und der Provinzebene zum systematischen und organisierten Studium des 3. Bandes der Deng-Werke aufgefordert, um danach entsprechende Schulungskurse für alle Parteimitglieder und Kader auf und oberhalb der Kreisebene durchzuführen. Ebenfalls am 4. November veröffentlichte das ZK-Organ auf der ersten Seite den vollständigen Text der Rede von ZK-Generalsekretär Jiang Zemin auf der ZK-Veranstaltung anlässlich der Herausgabe des 3. Deng-Bandes am 2. November. Am 5. November veröffentlichte das ZK-Organ auf den Seiten 1 bis 3 eine Inhaltsangabe von 95 der 119 Einzeltexthe des 3. Bandes. Am 6. November druckte das ZK-Organ die schriftliche Fassung der Reden ab, die Deng Xiaoping während seiner Reformoffensive in Südchina Anfang 1992 gehalten hatte. Auch in den darauffolgenden Tagen veröffentlichte die *Volkszeitung* weitere Artikel und Kommentare anlässlich der Herausgabe des 3. Bands der Deng-Werke.

Das ZK-Redaktionskomitee für Parteiliteratur, das den 3. Band auf Anweisung und unter Anleitung von Deng Xiaoping zusammengestellt hatte, gab bekannt, daß die 1989 und 1983 erschienenen beiden Sammelbände *Ausgewählte Werke von Deng Xiaoping (1938-1965)* und *Ausgewählte Werke von Deng Xiaoping (1975-1982)* künftig als 1. und 2. Band der *Ausgewählten Werke von Deng Xiaoping* gelten und auch unter diesem Titel erscheinen werden (RMRB, 3.11.93). Die Herausgabe des 3. Bandes der Deng-Werke und der dieses Ereignis begleitende Propagandawirbel sind ein Teil der Bemühungen der konservativen Reformkräfte, das politische Erbe Dings abzusichern. -sch-

*(8)

Zahlenangaben über nicht in der KPCh organisierte politisch aktive Personen

Angaben der Übersee-Ausgabe der *Volkszeitung* zufolge beträgt die Mitgliederzahl aller acht nichtkommunistischen Parteien in der Volksrepublik China mittlerweile insgesamt 374.000. Diese Parteien verfügen insgesamt über 1.606 lokale Organisationen [wahrscheinlich auf Provinz-, Kreis- und Gemeindeebene] und über 24.013 Basisorganisationen.

Unter den 20 Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden des Nationalen Volkskongresses sind 9 nicht Mitglied in der KPCh (45%), und unter den 155 Mitgliedern des Ständigen NVK-Ausschusses befinden sich 49 Nichtkommunisten (32%). Von den 2.978 NVK-Abgeordneten sind 835 nicht in der KPCh organisiert (28%).

Unter den 26 Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden des Nationalen Komitees der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes (PKCV) sind 14 nicht Mitglied in der KPCh (54%), und unter den 288 Mitgliedern des Ständigen Ausschusses des Nationalen PKCV-Komitees befinden sich 189 Nichtkommunisten (66%). Von den 2.093 Mitgliedern des Nationalen PKCV-Komitees sind 1.262 nicht in der KPCh organisiert (60%).

Innerhalb der verschiedenen Regierungsorgane sind Nichtkommunisten nach wie vor nur schwach vertreten. Erste Anfänge eines Wandels sind

aber auch hier bereits gemacht worden: So gibt es mittlerweile schon 1.348 stellvertretende Magistrate in den insgesamt 2.797 Regierungen auf Kreisebene. (Nach XNA, 9.11.93) -sch-

*(9)

Serie von Flugzeugentführungen nach Taiwan

Von April bis Mitte November 1993 wurden insgesamt 7 Verkehrsflugzeuge der Volksrepublik China von Luftpiraten nach Taiwan entführt. Allein Anfang November wurden drei Maschinen nach Taiwan entführt, und zwar am 5., 8. und 12. November. Die Entführer behaupteten, sie seien politisch Verfolgte und stellten Antrag auf politisches Asyl. Hierüber wurde von den taiwanesischen Behörden nicht entschieden. Statt dessen wurden diese Straftäter bereits in vier Fällen von Luftpiraterie vor ein taiwanesisches Gericht gestellt, und die Entführer erhielten Gefängnisstrafen von acht bis zwölf Jahren. Auch die noch nicht verurteilten Luftpiraten sollen in Taiwan vor Gericht gestellt werden. Die Beijinger Behörden verlangen hingegen eine Auslieferung der Entführer an die Volksrepublik China. (NZZ, 14./15. 11.93; FCJ, 12.11.93; BRu, 1993/49, S. 5-7) -sch-

Kultur

*(10)

ZK-Plenum bestätigt wissenschafts-politischen Kurs

In dem vom 3. Plenum des XIV. ZK am 14.11.1993 gefaßten "Beschluß des ZK zu einigen Fragen beim Aufbau eines Systems der sozialistischen Marktwirtschaft" ist unter Punkt 8 von Wissenschaft und Technik sowie dem Bildungswesen die Rede. Von den 50 Abschnitten des Dokuments (Wortlaut in RMRB, 17.11.93 abgedruckt; übers. nach Xinhua Inlanddienst, 16.11.93, in SWB, 18.11.93) behandeln je zwei (Abschnitt 40-43) die beiden Bereiche. Die Abschnitte über Wissenschaft und Technik enthalten keine neuen Aspekte, sondern bestätigen den wissenschaftspolitischen Kurs der beiden letzten Plenartagungen.

Erneut werden Wissenschaft und Technik gemäß Deng Xiaopings diesbezüglicher Äußerung auf der Nationalen Wissenschaftskonferenz im Jahre 1978 als wichtigste Produktivkraft bezeichnet. Sie sollen dem wirtschaftlichen Aufbau dienen, und die Reform des Wissenschafts- und Techniksystems soll sich an der Entwicklung der sozialistischen Marktwirtschaft orientieren. Die Zentrale und die örtlichen Stellen ebenso wie die Betriebe sollen verstärkt in Wissenschaft und Technik investieren und ein gut strukturiertes, vernünftig verteiltes und effizientes System der Forschung und Entwicklung (F+E) schaffen. Dabei sollen neue Entwicklungen, Hochtechnologie und Grundlagenforschung gefördert und die Umsetzung in die Praxis beschleunigt werden. Wissenschaftlich-technische Unternehmen sollen unter verschiedenen Eigentumsformen ausgebaut werden. Institutionen, in denen angewandte Forschung oder Forschung in neuen Entwicklungen betrieben wird, und solche, die Beratungs- und Informationsdienste anbieten, sollen sich am Markt orientieren, unternehmerisches Management einführen und sich dem Wettbewerb stellen.

Zur Förderung der Verbindung von Wissenschaft und Technik mit der Wirtschaft werden fünf Forderungen aufgestellt:

1. Das wissenschaftliche Potential soll koordiniert werden, um Probleme in Bereichen zu lösen, die für die Volkswirtschaft besonders wichtig sind.
2. Es sollen sowohl eigene Entwicklungen vorangetrieben als auch Technologie importiert werden, wobei sich beides gegenseitig fördern soll.
3. Forschungsinstitute, Hochschulen und Betriebe sollen mehr zusammenarbeiten, um technische Neuerungen zu entwickeln. F+E-Institute sollen in Zusammenarbeit mit der Industrie neue Produkte und neue Techniken entwickeln und die Anwendung von Spitzentechnologie in der herkömmlichen Industrie beschleunigen. In den Betrieben soll ein Mechanismus der Integration von Markt, Forschung und Produktion wirksam werden, damit die Betriebe zur Hauptstütze für technische Entwicklung werden.

4. Die technische Umsetzung soll durch Vermittlungsorgane, Experimente, regionale und Branchenorganisationen und ein technisches Informationsnetz gefördert werden.
5. Militärische und zivile Forschung sollen mehr voneinander profitieren, insbesondere soll Militärtechnik stärker für zivile Zwecke genutzt werden.

Festzuhalten bleibt, daß die Parteiführung weiterhin Wissenschaft und Technik eine eminent wichtige Rolle zuschreibt - zum einen, weil nur auf ihrer Grundlage die Modernisierung vorangetrieben werden kann, zum anderen, weil China den Ehrgeiz hat, auf wissenschaftlich-technischem Gebiet eine der führenden Nationen der Welt zu werden. Wissenschaft soll aber nicht um ihrer selbst willen existieren, sondern ganz auf die Bedürfnisse der Wirtschaft ausgerichtet sein. Gefördert werden daher in erster Linie für die Volkswirtschaft wichtige Schlüsselprojekte. Außerdem wird die enge Zusammenarbeit von Wissenschaft und Technik mit der Wirtschaft gefordert. Sie soll zur Anhebung der industriellen Infrastruktur auf den neuesten Stand führen, d.h. die Forschungsergebnisse sollen so unmittelbar wie möglich in die Praxis umgesetzt werden. Dabei wird eine Doppelstrategie verfolgt, indem sowohl eigene Entwicklungen gefördert als auch Spitzentechnologie importiert werden soll. Und schließlich: Die angewandte Forschung wird hauptsächlich in Betriebe verlagert und auch von diesen finanziert. Der Staat unterstützt nur noch Grundlagenforschung und einige Schlüsselprojekte. Diese Politik, daß sich die Forschung mit der Wirtschaft zusammen tun soll, wird seit Jahren betrieben, um den Staatshaushalt zu entlasten. -st-

*(11)

Die bildungspolitischen Schwerpunkte der Partei

In dem "Beschuß des ZK zu einigen Fragen beim Aufbau eines Systems der sozialistischen Marktwirtschaft" vom 14.11.1993 wird in zwei Abschnitten (Abschn. 42-43) zur Bildungspolitik Stellung genommen. Das Dokument (Wortlaut abgedruckt in RMRB, 17.11.93, übers. in SWB, 18.11.93, nach Xinhua vom 16.11.93) ist als Richtschnur für die gegenwärtige Politik anzusehen. Darin wird der bildungspoliti-

sche Kurs bestätigt, wie er seit dem XIV. Parteitag vom Oktober 1992 gilt und in den im Februar 1993 verabschiedeten "Grundzügen der Reform und Entwicklung des chinesischen Bildungswesens" (vgl. C.a., 1993/2, Ü 9) ausführlich dargelegt wurde. In dem jüngsten Dokument ist vor allem festgeschrieben, daß die Partei und die Regierungen aller Ebenen dem Erziehungswesen strategische Bedeutung und Priorität beizumessen hätten. Auf der Grundlage der "Grundzüge" soll die Reform des Bildungssystems beschleunigt werden. Als wichtigstes Ziel wird die Anhebung des Bildungsniveaus der Bevölkerung und die Ausbildung von Fachleuten für den Aufbau der sozialistischen Marktwirtschaft und für die Modernisierung des Landes herausgestellt. Zu diesem Zweck sollen die Investitionen ins Bildungswesen sichergestellt sowie die Qualität des Unterrichts und die Effizienz des Schulsystems verbessert werden.

Staatliche und nichtstaatliche Schulen sollen nebeneinander bestehen. Zur Einführung der allgemeinen Schulpflicht und dem Ausbau der beruflichen und Erwachsenenbildung sollen verstärkte Anstrengungen unternommen werden. Die beiden letzteren Bereiche sollen sich stärker am Markt orientieren. Für die Hochschulen soll die Zentrale auf der einen und die lokale Ebene auf der anderen Seite zuständig sein, und die Hochschulen sollen größere Kompetenzen erhalten. Die Hochschulreform soll im Hinblick auf das Zulassungsverfahren, die Lehrpläne, die Lehrbücher und -methoden sowie die Stellenzuweisung der Absolventen vorangetrieben werden. Alle Schulen haben für die Stärkung ihres Lehrkörpers und die Verbesserung der Moralerziehung Sorge zu tragen.

Es soll eine Umgebung geschaffen werden, in der Wissen und Begabung respektiert werden. Neben qualifizierten Werktätigen und allen möglichen Arten von Fachleuten sollen auch hochqualifizierte Wissenschaftler und Techniker ausgebildet werden, die China im nächsten Jahrhundert auf wissenschaftlich-technischem Gebiet an die Weltspitze führen sollen. Für alle Berufe sollen Qualifikations- und Einstellungskriterien erarbeitet und ein entsprechendes System von Zeugnissen und Diplomen aufgestellt werden. Öffentliche Ausschreibungen und

fairer Wettbewerb sollen den vernünftigen Einsatz der Fachleute fördern, und im Ausland Studierende sollen zur Rückkehr in die Heimat ermuntert werden.

Die Probleme im Erziehungswesen Chinas sind immens, und die Verwirklichung der allgemeinen neunjährigen Schulpflicht, wie sie das entsprechende Gesetz von 1986 vorschreibt, liegt in weiter Ferne. Am hinderlichsten wirkt sich die Gleichgültigkeit der lokalen Verwaltungen aus, die vielfach andere Prioritäten setzen und nicht die nötigen finanziellen Mittel bereitstellen. Daß die Partei nun mit Nachdruck die strategische Bedeutung des Erziehungswesens betont, könnte sich positiv auf die Verbesserung der Bildungssituation in China auswirken, ohne die das Modernisierungsziel nicht zu erreichen ist. -st-

*(12)

Verabschiedung des Lehrergesetzes

Am 31. Oktober 1993 hat der Ständige Ausschuß des VIII. NVK auf seiner 4. Sitzung das neue Lehrergesetz endgültig verabschiedet. Es wurde am selben Tag von KP-Generalsekretär Jiang Zemin verkündet und am 3.11.1993 veröffentlicht (s. RMRB, GMRB, 3.11.93). Das aus 9 Kapiteln und 43 Artikeln bestehende Gesetz tritt am 1.1.1994 in Kraft. Wenige Tage zuvor war der neue Gesetzentwurf im Ständigen Ausschuß des NVK gebilligt worden (vgl. C.a., 1993/10, Ü 19). Das Gesetz regelt Rechte und Pflichten der Lehrer, ihre Qualifikation und Anstellung, Aus- und Fortbildung, Prüfungen und Behandlung einschließlich Gehalt, Wohnung, medizinischer Versorgung und Ruhegeld, Auszeichnung und rechtliche Fragen. In Leitartikeln wurde das Gesetz als wichtiger Schritt zur Aufwertung der gesellschaftlichen Stellung der über 10 Millionen Lehrer gewertet. Die Hoffnung für den Aufschwung der chinesischen Nation, so die *Volkszeitung*, sei das Erziehungswesen, und die Hoffnung für den Aufschwung des Erziehungswesens seien die Lehrer; sie hätten die Aufgabe, Millionen von Fachleuten für die vier Modernisierungen heranzuziehen. Die Propagierung und Durchführung des Lehrergesetzes sei nicht nur Sache der Erziehungsbehörden, sondern auch der örtlichen Regierungen, der gesamten Partei und der gesamten Gesellschaft (RMRB, 3.11.93).

In dem Leitartikel der *Guangming-Zeitung* wird darauf hingewiesen, daß es sich um das erste Lehrergesetz überhaupt handle und es auf der Grundlage von über vierzigjähriger Erfahrung und Anhörung aller Meinungen zustande gekommen sei. Es stelle eine wichtige Maßnahme zur Verwirklichung der Forderungen dar, die in den "Grundzügen der Reform und Entwicklung des chinesischen Erziehungswesens" (Februar 1993) aufgestellt worden seien. Die Entwicklung der menschlichen Zivilisation und der gesellschaftliche Fortschritt hingen von der fleißigen Arbeit der Lehrer ab. In einer Zeit wie der heutigen, in der sich die Welt in einem harten internationalen Wettbewerb in bezug auf die Wirtschaft und neue Technologien befinde, gehe es im wesentlichen um den Wettbewerb von Wissenschaft und Technik sowie Fachkompetenz und letztlich um den Wettbewerb der Bildungssysteme. Ob China die in den "Grundzügen" dargelegten bildungspolitischen Ziele bis zum Ende dieses Jahrhunderts erreichen könne, hänge von den Lehrern ab. (GMRB, 3.11.93)

In Fachkreisen wurde die Verabschiedung des Lehrergesetzes allgemein begrüßt, zugleich aber auch betont, daß es jetzt darauf ankomme, das Gesetz in die Wirklichkeit umzusetzen. Gerade an diesem Punkt wird häufig Skepsis geäußert. Das Gesetz müsse sich erst in der Praxis bewähren; wenn nicht, würden die Lehrer ihr Vertrauen vollends verlieren. Denn zwischen den Bestimmungen des neuen Gesetzes und der Wirklichkeit bestehe ein gewaltiger Unterschied (vgl. z.B. GMRB, 30.11.93, S.2). Insbesondere die Gehaltssituation bei den Lehrern läßt noch viel zu wünschen übrig. Nicht nur niedrige Gehälter, sondern vor allem auch Gehaltsrückstände oder Ausgabe von Schuldscheinen sind weitverbreitet; zudem arbeiten die Lehrer in rückständigen Gebieten häufig unter unwürdigen Bedingungen, und nicht nur in armen Gemeinden werden Gelder aus dem Bildungsetat vielfach für andere Zwecke abgezweigt. Daß sich diese Situation durch das Lehrergesetz entscheidend verbessert, ist zumindest zweifelhaft.

Ein Mangel des neuen Gesetzes liegt darin, daß die nichtstaatlichen (*minban*-) Lehrer (vgl. dazu C.a., 1991/2, Ü 19) nicht einbezogen sind. Deren Zahl beträgt immerhin noch 3 Millio-

nen. Die Nichterwähnung im Gesetz erklärt sich staatlicherseits aus der Politik, die *minban*-Lehrer ganz abzuschaffen. Doch mittelfristig wird es sie weiter geben, und deshalb ist es ein Manko, daß sie keine rechtliche und soziale Absicherung haben.

Dennoch bedeutet das Gesetz einen großen Fortschritt, weil es für die gesellschaftliche Stellung der Lehrer und deren materielle Absicherung nun offizielle Normen gibt. Nach dem Pflichtschulgesetz von 1986 stellt es das wichtigste Gesetz im Erziehungswesen dar. -st-

*(13)

Zahlen über Abwanderung von Lehrern

In China gibt bekanntlich eine große Anzahl von Lehrern aufgrund der niedrigen Gehälter ihren Beruf auf und wechselt in andere Berufe. Angesichts des ohnehin bestehenden Mangels an gut qualifizierten Lehrern (und es sind gerade die besser qualifizierten Lehrer, die aufgeben) stellt dies ein ernstes Problem dar. Die Bemühungen um Abhilfe werden mit dem Ausdruck "Konsolidierung des Lehrerkontingents" umschrieben, ohne daß das Problem bislang allerdings quantifiziert worden wäre. Die Hongkonger Zeitschrift *Dongxiang* nannte in ihrer November-Ausgabe (S.19) erstmalig konkrete Zahlen, die der stellvertretende Leiter der Staatlichen Erziehungskommission Liu Bin angeblich auf einer Arbeitsberichtssitzung enthüllt haben soll. Danach sollen seit 1991 in ganz China über eine Million Lehrer ihren Beruf aufgegeben haben (das sind etwa 10%). Für das Jahr 1991 nannte Liu Bin die Zahl 380.000, für das Jahr 1992 die Zahl 450.000. Nach Schulstufen aufgeschlüsselt, wanderten 1991 von den Hoch- und Fachhochschulen gut 12.000, von den Sekundarschulen gut 150.000 und von den Grundschulen 210.000 Lehrkräfte ab. Für das Jahr 1992 lauten die entsprechenden Zahlen: 16.000 - 200.000 - 234.000. Obwohl die Lehrerbildungsanstalten pro Jahr 350.000 Absolventen entließen, hieß es weiter, und den Erziehungsbehörden sogar aus Verwaltung und Forschung neue Lehrkräfte zugewiesen würden, führe die große Zahl der abwandernden Lehrer zu einer Abnahme der gesamten Lehrerkraft (ebd.).

Es fällt auf, daß, je niedriger die Schulstufe, desto mehr Lehrer ihren Beruf aufgeben. Die wenigsten Abwanderungen sind im tertiären Bildungsbereich zu verzeichnen, die meisten auf der Primarstufe. Der große Lehrerschwund verwundert um so mehr, als es eine Bestimmung gibt (die auch in das neue Lehrergesetz aufgenommen ist), nach der Absolventen pädagogischer Ausbildungsstätten aller Stufen im Erziehungsbereich tätig sein müssen. Es bleibt abzuwarten, ob das Lehrergesetz soviel Autorität besitzt, daß der Trend aufgehalten werden kann.

-st-

*(14)

Bau neuer Schulen mit Weltbankkrediten

In der Provinz Guizhou, die zu den ärmsten Gebieten Chinas zählt, sind mit Krediten der Weltbank 350 Schulen gebaut worden. Die Schulen wurden in den 20 ärmsten Kreisen der Provinz errichtet; bei 16 dieser Kreise handelt es sich um von nationalen Minderheiten bewohnte autonome Kreise. Nach Angaben der Erziehungsbehörde der Provinz werden insgesamt 240 Mio. Yuan (ca. 42,1 Mio. US\$) in das Projekt investiert, darunter fast 18,75 Mio. US\$ von der Weltbank. Diese hat der Provinz bereits einen Kredit von über 13 Mio. Yuan (ca. 2,3 Mio. US\$) gewährt. Gleichzeitig haben die örtlichen Regierungen in der Provinz zur Unterstützung des Projekts über 21 Mio. Yuan (ca. 3,7 Mio. US\$) gesammelt. Seit April, so der Sprecher weiter, habe die Provinz gut 350 Grundschulen wiederaufgebaut oder renoviert. Außerdem seien Inventar und Unterrichtsmaterialien für die Schulen gekauft worden, und etwa 1 Mio. Yuan seien für Lehrerbildung ausgegeben worden. Ziel des Projektes sei es, bis zum Jahre 1996 in diesen Kreisen die Einschulungsrate der schulpflichtigen Kinder von 82% (1992) auf 96% und die von schulpflichtigen Kindern nationaler Minderheiten von 76% auf 92% zu steigern.

Die Weltbank fördert seit 1992 das Projekt zur Entwicklung des Erziehungswesens in armen Provinzen Chinas. Außer Guizhou erhalten die Provinzen Yunnan, Hunan, Hubei, Shanxi und Shaanxi derartige Kredite von der Weltbank. (XNA, 24.11.93) -st-

*(15)

Universitäre Forschungslabors brauchen dringend Unterstützung

In China sind seit 1984 mit staatlichen Geldern und Darlehen der Weltbank 98 Schwerpunktlabors an Hochschulen errichtet worden (darunter 3, die mit der Akademie der Wissenschaften verbunden sind). Vierzig dieser Labors sind bereits in Betrieb, der Rest wird 1994 voll funktionsfähig sein. Aufgrund der finanziellen Situation an den Hochschulen, denen es an Forschungsmitteln mangelt, sind die noch in den "Kinderschuhen" steckenden Labors in unvorhergesehene Schwierigkeiten gekommen. Darüber berichtet die *Guangming-Zeitung* in ihrer Ausgabe vom 11.11.1993 auf der ersten Seite. Dem Bericht zufolge sind die staatlichen Zuwendungen für die Schwerpunktlabors seit 1991 ständig geschrumpft. Während den Labors von 1986 bis 1988 die staatlichen Zuwendungen von durchschnittlich 250.000 auf 300.000 Yuan pro Labor und Jahr erhöht wurden, standen ihnen 1991 und 1992 nur noch durchschnittlich 150.000 Yuan pro Labor und Jahr zur Verfügung. Der Grund wird in folgendem Sachverhalt gesehen: Im Jahre 1989 begann der Staat pro Jahr 20 Mio. Yuan bereitzustellen mit der Absicht, damit allein den Betrieb der Schwerpunktlabors zu unterstützen. Inzwischen aber werden mit dem Geld auch Labors anderer Ministerien finanziert, d.h. die Mittel werden breiter gestreut. Mit Zunahme der Labors werden sich die pro Labor und Jahr zur Verfügung stehenden Mittel weiter verringern, so daß die staatlichen Schwerpunktlabors Schwierigkeiten haben, ihren regulären Betrieb aufrechtzuerhalten. Die Streckung der Mittel führt auch dazu, daß die Fertigstellung von im Bau befindlichen Versuchslabors hinausgezögert wird.

Nach Angaben der Staatlichen Erziehungskommission benötigen die staatlichen Schwerpunktlabors an Hochschulen für Bau, Betrieb und Entwicklung im wesentlichen drei Finanzpositionen: 1. Mittel für den Kauf moderner Geräte und Ausrüstungen; 2. Betriebskosten für das Versuchslabor; 3. Projektmittel für Entwicklung. Gegenwärtig ist es dem Bericht zufolge so, daß für die erste Position staatliche Investitionsmittel und Darlehen der Weltbank zur Verfügung stehen. Für die dritte Position können Mittel bei

den Behörden beantragt werden, so daß auch hier die Finanzprobleme zumindest teilweise gelöst sind. Engpässe bestehen bei der zweiten Position. Der Staat kann nur noch die Betriebskosten für einen Teil der Labors decken, während der Rest keine Betriebsmittel mehr erhält, so daß es für diese Labors schwer ist, den regulären Betrieb aufrechtzuerhalten. Die Haushaltskürzungen haben insofern gravierende Auswirkungen, als manche Schwerpunktlabors über hochmoderne, aus dem Ausland importierte Ausstattungen verfügen, die von ausländischen Experten gewartet werden müßten; doch dafür fehlen die finanziellen Mittel. Trotz modernster Geräte ist daher der Nutzungsgrad entsprechend niedrig.

Nach Berechnungen von Fachleuten würden für den laufenden Betrieb der modernen Geräte mindestens 8-10% der Anschaffungskosten benötigt. Ginge man von Ausstattungskosten von durchschnittlich 7 Mio. Yuan pro Labor aus, würden die Betriebskosten pro Jahr und Institut mindestens 600.000-700.000 Yuan ausmachen. Wenn die staatlichen Schwerpunktlabors der großen Akademien und Institute pro Jahr 300.000-400.000 Yuan und zusätzlich noch Betriebsmittel erhalten könnten, die Schwerpunktlabors an den Hochschulen aber keine Forschungs- und Fachmittel zur Verfügung hätten und ein Teil von ihnen noch nicht einmal Betriebsmittel, so sei das ein unhaltbarer Zustand.

Die unzureichende staatliche Finanzierung der universitären Schwerpunktlabors beeinträchtigt auch die Personalstruktur. Das Durchschnittsalter der dort Beschäftigten beträgt 60-65 Jahre, während jüngere Nachwuchskräfte, insbesondere 30- bis 40jährige, nicht eingestellt werden können. Der Bericht schließt mit einem Appell an den Staat, die Schwerpunktlabors an den Hochschulen, die schließlich staatliche Einrichtungen seien, finanziell besser zu unterstützen.

China hat den Ehrgeiz, bis Anfang des nächsten Jahrhunderts in Wissenschaft und Technik zumindest auf einigen Gebieten Weltspitze zu erreichen. Aus diesem Grunde werden zahlreiche Institute und Versuchslabors gegründet, die das Land diesem Ziel näherbringen sollen. Wenn auch die Investitionsmittel für modernste Ausstattung fließen, so werden offensichtlich die Folgeko-

sten häufig übersehen, und die Labors geraten in Schwierigkeiten. Daß dieses Problem gerade an den Versuchslabors der Hochschulen entsteht, ist nicht verwunderlich, denn deren Finanznot ist besonders groß. Deshalb sind die Universitäten gehalten, mit der Wirtschaft zu kooperieren. Wie weit die Wirtschaft in China allerdings bereit ist, u.U. jahrelang in Forschung und Entwicklung zu investieren, bevor sich die Forschungsergebnisse in die Praxis umsetzen lassen und wirtschaftliche Erträge bringen, ist von außen schwer zu beurteilen. Es scheint, daß hier der Staat gefordert ist. Jedenfalls sollten bei der Einrichtung staatlicher Schwerpunktlabors die Geldgeber und Betreiber an die Folgekosten denken und diese sicherstellen. -st-

*(16)

Zhou Peiyuan verstorben

Der bekannte Physiker Zhou Peiyuan verstarb am 24.11.93 im Alter von 91 Jahren in Beijing. Der aus Jiangsu stammende Zhou studierte vor dem Krieg in den USA, Deutschland und der Schweiz, u.a. auch bei Einstein. Nach seiner Rückkehr nach China wurde er Professor an der Qinghua-Universität. Nach 1949 bekleidete er zahlreiche wissenschaftliche und politische Ämter; so war er u.a. Professor, später auch Rektor der Beijing-Universität, Vizepräsident und Mitglied des Wissenschaftlichen Rates der Chinesischen Akademie der Wissenschaften, Präsident der Gesellschaft für Wissenschaft und Technik und Vizepräsident der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes. (RMRB, GMRB, 25.11.93)

Insbesondere seit Beginn der Reformperiode galt Zhou als einer der führenden Wissenschaftspolitiker, der sich intensiv für die Förderung von Wissenschaft und Technik sowie das Bildungswesen insgesamt einsetzte und für enge Kontakte mit dem Ausland eintrat. -st-

*(17)

Patriotische Erziehung durch Filme

Nachdem die Propagandaabteilung des ZK, die Staatliche Erziehungskommission, das Ministerium für Rundfunk, Film und Fernsehen sowie das Kulturministerium im Oktober in einem

gemeinsamen Rundschreiben verfügt hatten, daß die patriotische Erziehung an den Grund- und Mittelschulen des Landes durch gute Filme zu fördern sei (vgl. dazu RMRB, GMRB, 9.10.93), fand Ende November mit Vertretern der genannten Behörden und Fachleuten in Beijing eine Tagung zu diesem Thema statt (vgl. RMRB, GMRB, 28.11.93). Die Initiative, so heißt es, sei von Schülern und Eltern sehr begrüßt worden. Insbesondere unter dem Aspekt des gegenwärtigen Aufbaus einer sozialistischen Marktwirtschaft sei die patriotische Erziehung der Jugend dringend notwendig. Patriotische Erziehung unter Verwendung guter Filme sei für die Schaffung einer sozialistischen geistigen Zivilisation von großer Bedeutung. Verurteilt wurden schlechte ausländische Filme und Filme aus Hongkong und Taiwan, die wegen ihrer Anbetung des Geldes und Genußsucht, ihrem Nihilismus und extremen Individualismus negativen Einfluß auf die Jugend ausübten. Je mehr sich China reformiere und nach außen öffne, so einer der Teilnehmer, desto mehr müsse die Erziehung zu Patriotismus, Kollektivismus und Sozialismus propagiert werden. Der künftige Wettbewerb in der Welt sei im Grunde ein Wettbewerb um die Qualität der Menschen, und um neben den anderen Völkern der Welt bestehen zu können, müsse die chinesische Jugend ihr Land kennen und lieben und dem Land zum Aufschwung verhelfen. Wie es weiter heißt, lernen die Kinder durch patriotische Filme, daß es nicht darauf ankomme, einen Star zu verehren, sondern "die Helden des Vaterlands heiß zu lieben". Patriotismus sei ein für alle Zeiten gültiges, unwandelbares Thema und zentraler Inhalt der Moralerziehung an den Schulen.

Eine Liste von 100 Filmen, die für patriotische Erziehung geeignet sind, veröffentlichte die *Guangming-Zeitung* in ihrer Ausgabe vom 9.10.93. Davon sind 50 Filme für Grund- und 50 Filme für Mittelschüler vorgesehen. Bei der Mehrzahl der Filme handelt es sich um Filme über berühmte Persönlichkeiten der Zeitgeschichte, wie z.B. Mao Zedong, Zhou Enlai und Sun Yatsen, aber auch des vorigen Jahrhunderts, wie z.B. Lin Zexu oder Tan Sitong. Eine weitere Kategorie sind Filme über Ereignisse der neueren Geschichte, beispielsweise über die Geburt des Neuen China oder die Rote Armee. Hinzu kommen zahlreiche Filme über

bestimmte Gegenden Chinas, wie z.B. die Küsten Chinas, den Gelben Fluß und den Yangzi, bezeichnenderweise auch über die Xisha(Paracel)-Inseln (eine der umstrittenen Inselgruppen im Südchinesischen Meer, die China als Bestandteil seines Territoriums betrachtet, die aber auch von Vietnam beansprucht wird). Auch Kunstfilme, z.B. die Kunst von Dunhuang, und vor allem Volkskunstfilme sind mehrfach vertreten.

Der Aufruf an die Schulen, zur patriotischen Erziehung der Schüler die empfohlenen Filme zu verwenden, hat bereits dazu geführt, daß entsprechende Filmvorführungen in Massen organisiert werden. Die *Guangming-Zeitung* veranstaltet sogar einen Wettbewerb, für den sie um Einsendung von Beiträgen über diese Aktivitäten bittet. In dem Wettbewerb, der von Ende November bis Ende März 1994 läuft, werden die besten Beiträge prämiert. Außerdem stellt das Blatt in dieser Zeit zum Kennenlernen jeweils einen der 100 Filme auf ihrer zweiten Seite vor (der erste Film wurde am 23.11.93 vorgestellt). -st-

Außenwirtschaft

*(18)

Kanzler-Reise unterstreicht Bedeutung deutsch-chinesischer Wirtschaftsbeziehungen

Der Abschluß von Großaufträgen und die Unterzeichnung von Absichtserklärungen über gemeinsame Projektvorhaben sind wichtige Ergebnisse der Reise von Bundeskanzler Kohl nach China Mitte November d.J. Bundeswirtschaftsminister Rexrodt spricht von Lieferverträgen und Vorverträgen anläßlich des China-Besuchs von rd. 3 Mrd.DM und Absichtserklärungen über weitere 3,3 Mrd.DM. (FAZ, 18.11.93) Die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua berichtet über 20 Vereinbarungen über wirtschaftliche Zusammenarbeit mit einem Wert von 2,8 Mrd.US\$. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 16.11.93, in SWB, 17.11.93)

Bei den Aufträgen und Vorvereinbarungen handelt es sich u.a. um: